

Antrag O-02
SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisen an: Bezirksvorstand**Ausrichtung der politischen Arbeit auf soziale und linke Themen**

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass die po-
2 litische Arbeit auf soziale und linke Themen ausge-
3 richtet ist und unsere Bundestagsabgeordneten sich
4 für Grundsatzthemen der SPD einsetzen und stark-
5 machen.
6 Diese Forderungen setzen sich für soziale Gerechtig-
7 keit, wirtschaftliche Stabilität und eine nachhaltige
8 Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger ein. Wir for-
9 dern deshalb, dass wir in der nächsten Wahlperiode
10 folgende Themen in den Mittelpunkt der politischen
11 Arbeit stellen werden:

12

I. Umverteilung**1. Vollzug der Vermögenssteuer zur Finanzierung**

15 Forderung: Die 1997 ausgesetzte Vermögenssteuer
16 soll aktualisiert und konsequent verfassungskonform
17 z.B. ab einem persönlichen Vermögen
18 ab 5 Mio. Euro als Bundessteuer erhoben werden.

19 Begründung: Die Schere zwischen arm und reich
20 wird immer größer. Es ist nachvollziehbar, dass
21 wohlhabende Zugang zu verbesserten Einnahme-
22 möglichkeiten haben, wohingegen die breite Mehr-
23 heit der Bevölkerung den Verdienst durch Erwerbs-
24 arbeit bestreitet. Das solidarische Prinzip bedeutet,
25 dass begüterte Personen an der Erhaltung der Ge-
26 sellschaft einen vergrößerten Anteil tragen müssen.
27 Die Steuern sollen von denjenigen gezahlt werden,
28 die sich diese leisten können. Die Vermögenssteuer
29 ist ein Mittel zur Finanzierung der sozialpoli-
30 tischen Forderungen und damit konsequenterweise
31 ein Mittel der Umverteilung.

**32 2. Weniger Steuern für untere und mittlere Einkom-
33 men, Konsequente Erhöhung des Mindestlohnes**

34 Forderung: Eine umfassende Steuerentlastung für
35 die unteren und mittleren Einkommensschichten.
36 Prekäre Löhne sind unwürdig und dürfen durch die
37 SPD niemals geduldet werden.

38 Begründung: Arbeit muss sich lohnen, und das ist
39 nur möglich, wenn die Löhne auskömmlich sind
40 und die Einkommenssteuer für diejenigen, die einen
41 großen Teil ihrer Einkommen für den Lebensunter-
42 halt aufbringen müssen, gesenkt wird. Dies stärkt
43 die Kaufkraft und fördert den wirtschaftlichen Auf-
44 schwung.

Der Antrag wird als Material an den Bezirksvorstand
überwiesen.

45

46 II. Soziales**47 3. Zuverlässiger, moderner und bezahlbarer ÖPNV in**
48 allen Regionen

49 Forderung: Ausbau und Modernisierung des öffent-
50 lichen Nahverkehrs in allen Regionen, insbesonde-
51 re im ländlichen Raum. Das Deutschlandticket muss
52 bleiben.

53 Begründung: Ein flächendeckender, zuverlässiger
54 und moderner ÖPNV entlastet Straßen, reduziert
55 Umweltbelastungen und fördert soziale Gerechtig-
56 keit, indem Mobilität für alle erschwinglich und zu-
57 gänglich wird. Zudem ist dies ein wichtiger Schritt in
58 Richtung Klimaschutz.

59 4. Bezahlbares Wohnen: Mietendeckel einführen

60 Forderung: Eine gesetzliche Begrenzung der Miet-
61 kosten, die konsequent umgesetzt wird sowie ei-
62 ne stärkere Förderung von sozialem und bezahlba-
63 rem Wohnungsbau. In den nächsten fünf Jahren
64 schafft die Bundesregierung jeweils Wohnraum für
65 400.000 Wohneinheiten.

66 Begründung: Wohnen ist ein Grundrecht. Explodie-
67 rende Mieten in vielen Städten machen das Leben
68 für die meisten zunehmend unbezahlbar. Eine Ober-
69 grenze für Mieten stellt sicher, dass Wohnen bezahl-
70 bar bleibt und verhindert soziale Ungleichheit.

71 5. Auskömmliche Rente durch ein höheres Rentenni-
72 veau sowie Stärkung und Förderung des Ehrenamts
73 durch mehr Rentenpunkte

74 Forderung: Einführung einer Mindestrente in die al-
75 le einzahlen müssen. Das Renteneintrittsalter muss
76 beibehalten werden und dauerhaft an das Berufs-
77 alter gekoppelt. Ehrenamtliche Arbeit soll durch die
78 Vergabe von zusätzlichen Rentenpunkten stärker
79 gewürdigt werden.

80 Begründung: Eine lebenswerte Rente muss sicher-
81 stellen, dass Menschen nach einem langen Arbeits-
82 leben nicht in Altersarmut abrutschen. Besonders
83 Frauen sind davon betroffen. Ein höheres Rentenni-
84 veau sichert den Lebensstandard und würdigt die
85 jahrzehntelange Erwerbsarbeit. Das Ehrenamt ist ei-
86 ne tragende Säule der Gesellschaft und trägt we-
87 sentlich zum sozialen Zusammenhalt bei. Viele Eh-
88 renamtliche setzen ihre Freizeit für das Gemeinwohl
89 ein, ohne dafür eine ausreichende finanzielle Absi-
90 cherung im Alter zu erhalten.

91 6. Eine gute Gesundheitsversorgung für alle durch
92 die Bürgerversicherung

93 Forderung: Einführung einer solidarischen Bürger-

94 versicherung für alle Bürger, in die auch Selbststän-
95 dige, Beamte und Gutverdiener einzahlen. System
96 der Kassenärztlichen Vereinigung aufbrechen. Mehr
97 Studienplätze für Medizinstudierende.

98 Begründung: Das gegenwärtige Zwei-Klassen-
99 System im Gesundheitssystem führt zu Ungleich-
100 heit. Mit der Bürgerversicherung schaffen wir
101 gleiche Gesundheitschancen für alle, stärken das
102 Solidarsystem und entlasten das Gesundheitssys-
103 tem finanziell.

104

105 **III. Bildung und Familien**

106 **7. Gleiche Bildungschancen für alle durch mehr Leh-** 107 **rer, moderne Schulgebäude und angepassten Un-** 108 **terricht und Sozialpädagogen und mehr Unterstüt-** 109 **zungspersonal an Schulen**

110 Forderung: Einstellung von mehr Lehrkräften, Mo-
111 dernisierung der Schulgebäude sowie eine Reform
112 des Lehrplans, der individuelle Förderung und mo-
113 derne Lehrmethoden in den Mittelpunkt stellt. Ein-
114 stellung von mehr Sozialpädagogen und Schulpsy-
115 chologen an allen Schulen.

116 Begründung: Bildung ist der Schlüssel für die Zu-
117 kunft eines Landes. Nur mit ausreichend Lehrper-
118 sonal, kleinen Klassen und einer modernen Infra-
119 struktur können wir die Qualität der Bildung er-
120 höhen und sicherstellen, dass jeder Schüler unab-
121 hängig von seiner Herkunft die gleichen Chancen
122 hat. Viele Schüler brauchen Unterstützung, die über
123 den klassischen Unterricht hinausgeht. Sozialpäd-
124 agogen und Schulpsychologen können dazu beitra-
125 gen, soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen und
126 individuelle Probleme frühzeitig zu erkennen, um so
127 den Lernerfolg zu steigern. Gleichberechtigte Schü-
128 ler von heute sind mündige Bürger von morgen.

129 **8. Stärkere Familienpolitik: Bessere Vereinbarkeit** 130 **von Familie und Beruf, Erhöhung des Kindergelds** 131 **und Einführung einer Kindergrundsicherung, Kos-** 132 **tenfreier Zugang zu frühkindlicher Bildung und Ki-** 133 **tas**

134 Forderung: Ausbau von Betreuungsangeboten, fle-
135 xiblere Arbeitszeiten und höhere finanzielle Un-
136 terstützung für Familien. Eine schrittweise Erhö-
137 hung des Kindergelds und die Einführung einer
138 Kindergrundsicherung, die Kinderarmut effektiv be-
139 kämpft. Kostenfreie Kitaplätze und frühkindliche
140 Bildungseinrichtungen für alle Familien.

141 Begründung: Eine moderne Familienpolitik muss El-
142 tern die Möglichkeit geben, Familie und Beruf besser

143 zu vereinbaren. Durch flexible Arbeitszeiten und ei-
144 ne ausreichende Kinderbetreuung entlasten wir Fa-
145 milien und fördern die Erwerbstätigkeit beider El-
146 ternteile. Eine Kindergrundsicherung stellt sicher,
147 dass kein Kind in Deutschland in Armut leben muss.
148 Frühkindliche Bildung ist entscheidend für die Ent-
149 wicklung von Kindern und die Chancengleichheit.
150 Kostenfreie Betreuung und Bildung ermöglichen es
151 allen Familien, unabhängig von ihrem Einkommen,
152 ihre Kinder optimal zu fördern.

153

154 **IV. Energie und Infrastruktur**

155 **10. Förderung einer klimafreundlichen Energiever-** 156 **sorgung: Ausbau erneuerbarer Energien sowie En-** 157 **ergieeffizienz und energetische Gebäudesanierung**

158 Forderung: Beschleunigter Ausbau von erneuerba-
159 ren Energien wie Wind, Solar und Wasserkraft sowie
160 die Schaffung von Anreizen für Bürger und Unter-
161 nehmen, in klimafreundliche Technologien zu inves-
162 tieren. Staatliche Förderung für die energetische Sa-
163 nierung von Wohn- und Geschäftsgebäuden sowie
164 Vorgaben für energieeffiziente Neubauten. Nicht sa-
165 nierter Altbestand darf kein Armutsrisiko im Alter
166 sein.

167 Begründung: Mit einer klimaneutralen Energiever-
168 sorgung werden die Klimaziele erreicht und unse-
169 re Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus dem
170 Ausland verringert. Durch Investitionen in erneu-
171 erbare Energien schaffen wir Arbeitsplätze, senken
172 langfristig die Energiekosten und tragen zum Um-
173 weltschutz bei, wenn diese richtig ausgeführt wer-
174 den.

175 Energetische Sanierungen tragen erheblich zur Re-
176 duzierung des Energieverbrauchs bei und senken
177 die Heizkosten. Durch staatliche Förderungen er-
178 leichtern wir den Zugang zu Sanierungsmaßnah-
179 men und schaffen einen klimafreundlichen Gebäu-
180 debestand.

181 **11. Sondervermögen für Infrastruktur**

182 Forderung: Für die marode Infrastruktur der Eisen-
183 bahn, für Straßenbrücken, Krankenhäuser und Schu-
184 len soll ein verfassungskonformes Sondervermö-
185 gen geschaffen werden, damit der Investitionsstau
186 schnell aufgelöst werden kann.

187 Begründung: Die Schuldenbremse und der Investi-
188 tionsstau passen nicht zu einander. Fehlende Infra-
189 struktur soll neu geschaffen und vorhandene je nach
190 Situation saniert, erneuert und erweitert werden.
191 Dies sind wir unseren Kindern und uns schuldig.

192 **Begründung**

193 In den letzten Jahren hat die SPD sich weit von
194 ihrem Markenkern entfernt. Wir sind nicht mehr
195 die Partei der arbeitenden Mitte, der Studieren-
196 den und Rentenbeziehenden, der Familien und des
197 Prekariats, sondern eine Partei, die sich überwie-
198 gend um gesellschaftliche Randthemen zu küm-
199 mern scheint. Die Angelegenheiten der gesamten
200 Gesellschaft müssen mit Nachdruck vertreten wer-
201 den. Die aufgeführten Forderungen sollen dazu die-
202 nen, dies umsetzen zu können.

203 Zu unserem Markenkern gehört, dass Arbeit sich
204 lohnen muss und so auskömmlich ist, dass man
205 davon gut leben kann. Wir stehen für Bildungsge-
206 rechtigkeit, bezahlbares Wohnen, individuelles Ei-
207 gentum, auskömmliche Renten, sowie eine Daseins-
208 vorsorge im Bereich Mobilität, Energie und Gesund-
209 heit.

210 Um Mehrheiten zu gewinnen, braucht es Politik für
211 alle und nicht für wenige Personen und Gruppen.
212 Die soziale Komponente ist die, die in unserem Na-
213 men und seit über 160 Jahren in unseren Program-
214 men steht. Lasst uns darauf konzentrieren, anstatt
215 populistischen und extremen Parteien nachzulau-
216 fen, wo die Wählenden eh das Original wählen wer-
217 den!

218